

Tagungsbericht

Europäische Energiepolitik – Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
am 6. März 2013 in Brüssel



Das Podium: Prof. Dr. Michael Eilfort, Hendrik Kafsack, Günther H. Oettinger, Prof. Coby van der Linde, Dr. Kurt Bock, Prof. Dr. Justus Haucap (v.l.).



Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Michael Freericks
Leiter der Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

- 2 Begrüßung**
Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft
Michael Freericks
*Leiter der Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union*
 - 3 Warum wir eine europäische
Energiepolitik brauchen**
Günther H. Oettinger
EU-Kommissar für Energie
 - 5 Was die Industrie von der
Europäischen Union erwartet**
Dr. Kurt Bock
Vorsitzender des Vorstands der BASF SE
 - 7 The European Energy Sector
in the future, stretched between
climate change and international
competition**
Prof. Coby van der Linde
*Director Clingendael International Energy
Programme (CIEP), University of Groningen,
Member of the Dutch Energy Council*
 - 8 Wie viel europäische Regulierung
benötigen wir im Energiesektor?**
Prof. Dr. Justus Haucap
*DICE, Universität Düsseldorf, Kronberger Kreis,
Monopolkommission*
- Moderation: Hendrik Kafsack
Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Impressum

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft · Charlottenstraße 60 · 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0 · www.stiftung-marktwirtschaft.de
Ansprechpartnerin:
Dr. Verena Mertins · mertins@stiftung-marktwirtschaft.de
Fotos: Alexander Louvet

Begrüßung

„Energie und Marktwirtschaft zusammenzubringen“, würde vielen helfen – aber „dies ist in Deutschland gar nicht so einfach“, wie Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, mit Verweis auf gut organisierte Interessen feststellt. Insbesondere seit dem Reaktorunglück in Fukushima treibe Deutschland im Alleingang den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran. Dabei verfolgten 16 Bundesländer und der Bund 17 verschiedene Energiepolitiken.

Auch Europa sei ein energiepolitischer Flickenteppich, so Eilfort. Ziel müsse aber eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Bürger sein, die Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit erhalte und nicht der Deindustrialisierung Vorschub leiste. Eilfort fordert deshalb einen „echten europäischen Energiebinnenmarkt“, der Transparenz, Rechtssicherheit und verzerrungsfreien Wettbewerb beinhalte.

Wie weit muss der Staat eingreifen? Was müssen private Investoren leisten? Rendite und Risiko müssten auch in der Energiepolitik zusammengehören, mahnt Eilfort. Dies gelte aber zurzeit z.B. nicht für deutsche Solarmodule: „In diesem Winter, also von Dezember 2012 bis Februar 2013, hat die Sonne in Deutschland gerade einmal 96 Stunden lang geschienen.“ Angesichts dieser mageren Ausbeute fragt der Stiftungsvorstand, ob es sinnvoll sei, dass die einen die Sonnenkollektoren und die anderen die Sonne hätten.

Für die Gastgeber in Brüssel übermittelt Michael Freericks, Leiter der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union, Grüße von Ministerpräsident Stephan Weil. Freericks betont das große Interesse Niedersachsens als „Energiland Nummer 1“ am Tagungsthema. Eine zukunftssträchtige Energieversorgung für Europa sollte ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen in adäquater Weise Rechnung tragen. Die Angst der energieintensiven Industrie vor Wettbewerbsnachteilen durch zu hohe Energiekosten nimmt Freericks dabei ernst. Das Thema Netzausbau besitze für Niedersachsen besondere Priorität und zugleich für die europäische Integration der nationalen Energiemärkte enormes Potential.



Warum wir eine europäische Energiepolitik brauchen

Günther H. Oettinger
EU-Kommissar für Energie

„Energiepolitik ist Partnerin der Klimaschutzpolitik, aber nicht ihre Dienerin. Energiepolitik muss zugleich auch industrie- und sozialpolitische Aspekte beachten,“ konstatiert der europäische Kommissar für Energie, Günther H. Oettinger. Denn Europa benötige die gesamte Wertschöpfungskette und damit auch die energieintensiven Industrien, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Oettinger plädiert dafür, die energiepolitische Debatte über die viel diskutierten Erneuerbaren Energien hinaus zu erweitern. Die USA würden durch die verstärkte Förderung von Schiefergas 2017 voraussichtlich zum größten Gasproduzenten der Welt und darüber hinaus 2020 mehr Öl fördern als Saudi-Arabien. Wenn Deutschland die energieintensiven Industrien auf Dauer halten wolle, komme es auch auf die Bezahlbarkeit von Strom und Gas an. Durch die Schiefergasförderung in den USA seien auch für Deutschland die Gaspreise gesunken. Dennoch sei der deutsche Gaspreis viermal so hoch wie der Gaspreis in den USA. Der Kommissar gibt eine Prognose ab: „Die Bedeutung, die die Arbeitskosten als Produktionsfaktor in den 1990er Jahren gehabt haben, wird in Zukunft bei den Energie- und Rohstoffkosten liegen.“ Während auf dem deutschen Arbeitsmarkt erfolgreich marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt wurden, hätten staatliche Belastungen die Energiepreise immer weiter erhöht. 52% des deutschen Strompreises seien durch die Politik vorgegeben, z.B. durch Energiesteuern und die Vergütungen auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Somit würden nur 48% des Strompreises am Markt bestimmt.

Energiearmut und Standortverlagerung drohen

Die Strompreisdebatte lasse Deutschland nicht mehr los. Deswegen meint Oettinger, dass der Peak der von der Politik getriebenen Steigerung der Strompreise erreicht sei. Zum einen sprächen soziale Gründe in Form von „Energiearmut“ gegen eine weitere Preissteigerung. Zum anderen drohe der Verlust von industriellen Arbeitsplätzen. Energieintensive Unterneh-

men mit mehreren Standorten könnten eine Verlagerung vergleichsweise schnell vornehmen: Standorte mit geringen Energiekosten würden voll ausgelastet, während im teuren Deutschland nur noch die Spitzen produziert würden. In den deutschen Produktionsstandort würde nicht mehr investiert und nach ein paar Jahren würde er geschlossen. Oettinger warnt eindringlich: „Das merkt die deutsche Politik lange nicht. Da es dem Arbeitsmarkt und der Gesellschaft derzeit nicht nur gut, sondern vielleicht zu gut geht, fehlt dafür die Sensibilität.“

Am Tag der Veranstaltung hat die Europäische Kommission ein Verfahren gegen Deutschland aufgrund der Netzentgeltbefreiung für die Industrie eröffnet, da sie möglicherweise gegen das europäische Beihilferecht verstoße. Oettinger stellt fest: „Die Netzentgeltbefreiung könnte eine klare Verzerrung des Wettbewerbs beinhalten.“ So sei z.B. der Brutto-Strompreis in Deutschland höher als in den Niederlanden, doch nach EEG-Ermäßigung und Netzentgeltbefreiung falle der Netto-Strompreis niedriger aus. Würden die Ausnahmen abgeschafft, stiegen die Energiepreise für die energieintensive Industrie erheblich. Für diesen Fall wünscht sich Oettinger nicht nur von den zuständigen Interessenverbänden Protest, sondern auch von den Gewerkschaften: „Es geht hier nicht um Vorstandsgehälter. Es geht um Arbeitsplätze in der industriellen Wertschöpfung. Die Konkurrenz sitzt in Chicago, Katar und Shanghai.“

Weniger Gutmenschen und mehr Realisten

Eine europäische Energiepolitik sei nicht nur aus Wettbewerbsgründen notwendig, sondern auch um Russlands Machtanspruch entgegenzutreten. Über die Gasversorgung versuche Russland seine Einflussphäre in Osteuropa auszubauen und z.B. die Ukraine oder Moldau dazu zu bringen, aus der europäischen Energiegemeinschaft auszutreten. Der Kommissar spricht Klartext: „Wir brauchen weniger Gutmenschen in Brüssel und mehr Realisten.“

Der Klimaschutz und die 20-20-20-Ziele seien Erfolgsgeschichten der EU. Doch was komme nach 2020? Ohne welt-

4

weite Abkommen und die Einbeziehung von Großemittenten wie die USA, China, Indien, Russland oder Indonesien käme man nicht zu weitergehenden Erfolgen. Noch sei die EU-27 für 11% der weltweiten Treibhausgase verantwortlich. 2030 werde dieser Anteil auf 5–6% sinken. Um auf den internationalen Konferenzen Einfluss auszuüben, müsse Europa zwingend eine einheitliche Energiepolitik verfolgen. Oettinger warnt deshalb davor, als Kommission zu ehrgeizige Vorschläge, z.B. in Bezug auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen, zu machen. Denn die europäischen Beschlüsse müssten einstimmig gefasst werden. Einige Mitgliedstaaten, vor allem im Mittelmeerraum, hätten mittlerweile andere Prioritäten, weil sie sich vorrangig um ihren Haushalt oder Arbeitsmarkt kümmern müssten. In anderen Mitgliedstaaten gewannen antieuropäische Tendenzen an Bedeutung, so dass europäische Vorgaben kritisch beäugt würden. Unter den osteuropäischen Mitgliedstaaten seien andere Ziele vordringlich, in Bezug auf Wachstum, Beschäftigung und die Interessen der Industrie. Deswegen plädiert Oettinger für eine europäische Energiepolitik für 500 Millionen Bürger in einem gemeinsamen Binnenmarkt. Es solle gemeinsame Regeln und Ziele hinsichtlich der Reduzierung von CO₂-Emissionen und den weiteren Zubau der Erneuerbaren Energien geben. Wichtig seien „ein pragmatisches kluges Vorgehen und eine klare Strategie für die Industrie“, damit Wachstum, Arbeitsplätze und die internationale Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf die gesamte industrielle Wertschöpfungskette gesichert würden.

Moderator Hendrik Kafsack (Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) fragt nach, wie die europäische Lösung für die Energiepolitik denn konkret aussehen solle, wenn jedes Land beharrlich seine eigenen Interessen verfolge. So sei z.B. Polen wenig enthusiastisch in Bezug auf den Klimaschutz, während Deutschland auf dem EEG beharre. Für Deutschland sieht Oettinger durch die Strompreisdiskussion die Notwendigkeit einer Generalrevision des EEG als allgemein akzeptiert an. Zudem benötige Deutschland eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den weiteren Ausbau der grundlastfähigen Erneuerbaren Energien. Zunächst müsse das Netz ausgebaut wer-

den und Speicherkapazitäten entstehen und dann könnten Photovoltaik und Windenergieanlagen ausgebaut werden, aber nicht umgekehrt.

Paneuropäisches Netz notwendig

In Bezug auf Europa fordert Oettinger ein paneuropäisches Netz. Das europäische Energienetz entspreche einem Flickenteppich vergleichbar den Fürstentümern im 19. Jahrhundert. So gebe es noch keine Verbindung zwischen dem spanischen und französischen Stromnetz. „Der Netzausbau ist ein zäher Prozess, aber er kommt voran. Bis 2020 wird noch viel erreicht werden.“ Oettinger setzt auch auf die Realisierung der Binnenmarktpakete. Regulierte Preise für den Endkunden, wie es sie noch in 20 Mitgliedstaaten gebe, müssten beispielsweise abgeschafft werden.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien müssten darüber hinaus geografische und geologische Gegebenheiten im Vordergrund stehen. Oettinger stellt in Bezug auf die Solarenergie klar: „Kein Bauer pflanzt in Deutschland Orangenbäume an.“ Sinnvoller sei folgende Verteilung: Solarenergie im europäischen Süden, Biomasse in Finnland und Schweden sowie Windenergie im europäischen Norden.

Zu einer vernünftigen Energiepolitik gehöre aber auch die Offenheit gegenüber neuen Technologien. Oettinger kritisiert „die deutsche Übervorsicht“, die sich in breiter Ablehnung von CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) und Erdgas-Fracking äußere. Strenge Vorgaben z.B. für den Grundwasserschutz, seien notwendig, aber das generelle Verbot der Erforschung einer neuen Technologie sei fatal. Denn Oettinger spricht eine unangenehme Wahrheit aus: „Uns Deutschen sind die Umweltbelastungen und Arbeitsbedingungen in Sibirien egal, solange die Pipeline das saubere Erdgas zu uns bringt. Wir verbrennen billige Importkohle, weil die Amerikaner Fracking betreiben. Die Lasten tragen andere, wir sind reinen Gewissens – so kann die dauerhafte Arbeitsteilung nicht aussehen.“





Was die Industrie von der Europäischen Union erwartet

Dr. Kurt Bock
Vorsitzender des Vorstands der BASF SE

„Man muss nach Brüssel kommen, um marktwirtschaftliche Energiepolitik zu diskutieren. Meinem Eindruck nach fällt dies in Deutschland aktuell schwer“, stellt Dr. Kurt Bock, Vorsitzender des Vorstands der BASF SE, zu Beginn seines Vortrags fest. Die Energiepolitik habe bislang vor allem unter dem Diktat der Umwelt- und Klimaschutzpolitik gestanden. In diesem Punkt stimmt Bock mit Kommissar Günther Oettinger überein. Gerade in Deutschland herrsche die Überzeugung vor, dass nur teure Energie gute Energie sei. Die Annahme dahinter: Nur teure Energie treibe Unternehmen und Konsumenten an, Energie einzusparen und so die Ausbeutung der endlichen Energiequellen weiter hinauszuzögern. Diese Überzeugung habe zwar in der Vergangenheit zu umweltpolitischen Erfolgen geführt, sei aber für die Herausforderungen der Zukunft nicht mehr adäquat.

Energiekosten anstelle von Arbeitskosten als Standortfaktor

Die wesentliche Herausforderung für Europa sieht Bock im fehlenden Wirtschaftswachstum. Deswegen ist für ihn die ent-

scheidende Frage: Welchen Beitrag kann die Energiepolitik leisten, um Wachstum zu schaffen? Wachstum sei die Voraussetzung für Wohlstand und dafür, dass es der Bevölkerung in Zukunft besser gehe als in der Gegenwart. Deswegen sei die Energiepolitik auch Teil der Industriepolitik. Bock warnt: „Wenn wir nicht aufpassen, werden die europäischen Industrien an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.“

Er stimmt Kommissar Oettinger zu, dass Energiekosten anstelle von Arbeitskosten zum wesentlichen Standortfaktor in Europa würden. Schließlich hätten in den letzten zehn Jahren insbesondere deutsche Unternehmen und Gewerkschaften bei der Senkung der Lohnstückkosten große Fortschritte erzielt. Die Wettbewerbsfähigkeit bei den Strom- und Gaskosten sei dagegen das Thema der Zukunft. Bei einzelnen Produkten der BASF mache Energie bis zu 60% der Herstellungskosten aus.

Das in Ludwigshafen ansässige Chemieunternehmen BASF sei beim Thema Energie dreifach involviert. Erstens ist die BASF über ihre Tochtergesellschaft Wintershall Energieerzeuger, nämlich Erdöl- und Erdgasproduzent. Zweitens ist die BASF ein großer Energieverbraucher und wandelt die Rohstoffe Erdöl und Erdgas in chemische Produkte um. Und drittens helfen viele dieser chemischen Produkte wiederum bei der Einsparung von Energie. Ein Beispiel ist die Gewichtsreduzierung von Kraftfahrzeugen durch den stärkeren Einbau von Teilen aus Kunststoff.

Die Chemiebranche beschäftigt in Europa 1,2 Millionen Menschen und hat einen Anteil am Weltmarkt von 23%. Laut Bock gehört die Chemie noch zu den wenigen europäischen Branchen, die zur Weltspitze gehören. Deswegen warnt er: „Wir sollten uns genau überlegen, ob wir das wirklich aufs Spiel setzen wollen. Wenn Sie Wertschöpfungsketten zerstören, schwächen Sie die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes insgesamt.“ Deswegen sei es eine gefährliche Rechnung, wenn die Grundstoffindustrie als nicht so attraktiv angesehen werde wie andere Branchen und somit von manchen als verzichtbar abgestempelt werde. Dies schade nicht nur Deutschland und Europa, sondern im Endeffekt auch dem Weltklima, denn außerhalb Europas werde in der Regel mit niedrigeren Umweltstandards produziert.

Am Thema Energieeffizienz sei die Chemie von sich aus interessiert, weil Energie schon heute teuer sei. Deswegen habe die Chemie auch ohne staatliche Vorgaben ein ureigenes Interesse daran, mit Energie so sparsam wie nur möglich umzugehen: „Die Chemiebranche in Europa ist heute Effizienzweltmeister. Wir haben die besten Technologien und die höchsten Effizienzgrade. Doch wir müssen aufpassen: Wenn die Kosten zu hoch werden, kann es zu Produktionsverlagerungen kommen.“

Bock spricht auch das viel diskutierte Thema des europäischen Emissionshandels mit CO₂-Zertifikaten (Emissions Trading Scheme, ETS) an. Aus seiner Sicht funktioniere das derzeitige System sehr gut. Ziel sei es, bis 2020 die europäischen CO₂-Emissionen um 20% zu senken und zwar zu minimalen volkswirtschaftlichen Kosten. Dieses Ziel werde aller Voraussicht nach erreicht – sowohl was die Emissionssenkung als auch die Höhe der Kosten angehe. Die relativ niedrigen Zertifikatpreise spiegelten laut Bock zwei Tatsachen wider: zum einen die relativ schwache Wirtschaftsentwicklung in Europa und zum anderen die unbeabsichtigten Konsequenzen von

6

sich überlagernden nationalen und europäischen Politiken. So habe z. B. das EEG in Deutschland zu einem erhöhten Angebot an Erneuerbaren Energien geführt, was auch zu einem Preisrückgang der europäischen CO₂-Zertifikate beigetragen habe.

Einige sprechen aufgrund der niedrigen Preise der CO₂-Zertifikate von einem Marktversagen und plädieren für ein „Backloading“, also eine zeitweise Herausnahme der Zertifikate aus dem Handel, um so die Preise zu steigern. Begründet wird dies auch mit zusätzlichen staatlichen Einnahmen, die für Energieinsparprojekte verwendet werden könnten. Bock stellt klar: „Der Glaube des Staates, dass er in diesem Prozess Gewinner und Verlierer bestimmen kann und dies nicht dem Markt überlässt, führt dazu, dass wir am Ende überwiegend Verlierer haben – es sei denn Sie sind Häuslebauer und haben rechtzeitig die Solarplatten auf Ihr Dach geschraubt. Alle anderen haben nichts davon – im Gegenteil. Die Industrie wird mit höheren Energiekosten konfrontiert. Und der kleine Mann muss eine deutlich höhere Stromrechnung bezahlen, als es eigentlich notwendig wäre.“ Bock plädiert deshalb für eine nüchterne Diskussion, da ansonsten die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich leiden könnte.

BASF betreibt seit 30 Jahren Fracking

Zum Thema Erdgas-Fracking überrascht der BASF-Vorstandsvorsitzende das Publikum mit der Aussage: „Wir betreiben seit 30 Jahren Fracking – allerdings nutzen wir die vertikale

Technik. In den USA wird diese Technik nun mit der Horizontalbohrung kombiniert, um direkt in die Schieferschichten hineinzukommen.“ Er appelliert an die Zuhörer, die Industrie die Kombination dieser beiden Techniken erforschen zu lassen. „Wenn wir nicht die Bereitschaft aufbringen, die Schiefergasförderung zu testen in einem Land, das wahrlich nicht von Bodenschätzen gesegnet ist, dann vergeben wir eine Riesenchance.“ Man müsse neben den ökologischen Aspekten auch die ökonomische Machbarkeit und die gesellschaftliche Akzeptanz berücksichtigen. Die Umweltrisiken bewertet Bock als beherrschbar. Die Industrie sei bereit, mit offenen Karten zu spielen. Europa habe bereits und werde auch in Zukunft hohe Umweltstandards haben.

Mangelnde Risikobereitschaft als Wettbewerbsnachteil

Nur habe sich die Risikobereitschaft aus der Perspektive Bocks in den vergangenen Jahren verändert, was zu einer zunehmenden Dominanz des Vorsichtsprinzips in Gesetzgebung und staatlicher Regulierung führe. Diese Einstellung zu Risiko und technischem Fortschritt könne sich zu einem echten Wettbewerbsnachteil für Deutschland entwickeln. So schaue man international mit Verwunderung auf den deutschen Alleingang mit der Energiewende. Deswegen plädiert Bock abschließend für eine Europäisierung der Energiepolitik und mehr Realismus der verantwortlichen Politiker auf nationaler und supranationaler Ebene.



The European Energy Sector in the future, stretched between climate change and international competition

7

Prof. Coby van der Linde

*Director Clingendael International Energy Programme (CIEP), University of Groningen,
Member of the Dutch Energy Council*



Prof. Coby van der Linde, University of Groningen, starts her presentation with an overview of recent developments in oil and natural gas markets. In the United States, oil and natural gas prices are significantly lower than in the rest of the world. The US will even become a temporary net exporter in oil products and natural gas. In contrast, the import dependency of oil and gas for the European Union as well as for China and India will rise significantly. The Member of the Dutch Energy Council shows that the total energy costs in per cent of gross domestic product (GDP) have been and will be diverging between the US on the one hand and the European Union and China on the other hand. This development threatens, inter alia, the competitive position of the European chemical and petrochemical industry.

Relatively high natural gas prices from 2003 to 2008 have sparked new developments. The expansion of US shale gas has upturned the world gas market. However, the world gas prices have not converged. Natural gas is the cheapest in the US with \$3–4 mbtu (one million British Thermal Units). Europe has a lower gas price (\$9–12 mbtu) than Asia (\$14 mbtu at least). As a consequence from Fukushima, the Asian demand for gas has risen considerably and Asia is attracting most liquefied natural gas (LNG) flows, e.g. from Qatar, Australia and Brunei. The US power generation is more and more switching from coal to gas, with the consequence that CO₂ emissions are declining rapidly, thereby causing coal exports to Europe.

Van der Linde states clearly: “No outside supplier takes the European energy story for a success story and wants to invest in the gas sector.” The economic crisis has led to a decline of gas demand. Renewable energy is given preferential treatment in Europe. The low carbon prices in the European ETS are making gas last in the merit order with a large competitive gap to coal – despite the environmental advantages of gas. But the most important reason for the lack of investment is the uncertainty about the future energy policy.

The growth of world natural gas potential is not found in considerations in the EU 2020 and 2050 policy options. Van der Linde notices that Europe diverges in its energy strategy from other parts of the world which might impact its geopolitical and geo-economic positioning. She warns: “We have understood too little of the impact of renewables on a shrinking power market.” Renewables phase out other energies creating problems due to variability and lack of storage. Wind and solar energy do both need a short term balancing reserve as well as a long term back-up capacity. Also, renewables have been introduced asymmetrically in the energy market, thereby increasing transport and other system costs. Van der Linde shows that the number of running hours influences the economics of power plants considerably. So gas fired plants can be cheaper than coal fired and nuclear plants when considering the lifetime discounted cost of generated power.

European Energy Policy faces several dilemmas

The European energy policy faces several dilemmas. There is the question of internal energy production versus imports. The priorities need to be well chosen: will the European states be able to reduce both the share of coal and nuclear energy? Van der Linde explains her astonishment about the fact, that Germany is supporting its energy turnaround with coal as a back-up instead of climate-friendly gas. In her view, the German energy turnaround is determined by local industrial policy: domestic nuclear energy is substituted by domestic wind, solar and coal.

Another dilemma exists between the goals climate change and competitiveness. Van der Linde explains that the “20-20-20” targets cannot serve as a basis for the future energy policy. Europe needs to focus on one or two targets. It is better to concentrate on targets for either CO₂ or renewable energies. Otherwise different strategies will work against each other. Europe needs also to determine whether its climate policy should be market or government driven. However, van der Linde reminds her audience: “Climate change is a question posed in Europe but it will be decided somewhere else.”



Wie viel europäische Regulierung benötigen wir im Energiesektor?

Prof. Dr. Justus Haucap
DICE, Universität Düsseldorf, Kronberger Kreis,
Monopolkommission

Prof. Dr. Justus Haucap, Düsseldorf Institute for Competition Economics, Universität Düsseldorf, verdeutlicht dem Publikum die Komplexität des deutschen EEG anhand einer einzigen Zahl: „Es gibt ca. 4.000 verschiedene Einspeisetarife für Strom aus Erneuerbarer Energie, abhängig von Technologie, Installationsort, Konstruktionszeitpunkt und Kapazitätsgröße.“ Die Netzbetreiber müssen den erzeugten Strom aus Erneuerbarer Energie abnehmen und auf dem Strommarkt verkaufen. Der Unterschied zwischen Einspeisetarif und Verkaufserlös wird von den Verbrauchern als Gesamtabgabe pro kWh getragen.

Widersinniges Phänomen

In Deutschland sind die Elektrizitätspreise für private Haushalte seit 2000 kontinuierlich angestiegen. Da die Einspeisetarife für Strom aus Erneuerbarer Energie langsamer abgesenkt werden, als die Produktionskosten fallen, steigt die mittlere Ein-

speisevergütung in Cent/kWh, also die Subvention für „grünen Strom“, im Zeitablauf immer weiter an. Haucap bezeichnet dieses Phänomen als widersinnig: die Produktion von grünem Strom werde billiger, aber für die Verbraucher werde der Strom teurer. Nicht mal in einem Monopol könne man so eine Entwicklung beobachten. Haucap, Mitglied im Kronberger Kreis, wird deutlich: „Es war ein Fehler, den politischen Institutionen Bundestag und Bundesrat die Entscheidungshoheit über die Einspeisetarife zu überlassen.“ Denn auf den schnellen Verfall z.B. der Solarpanelpreise könne die Politik gar nicht schnell genug reagieren.

„Produce and forget“-Mentalität

Die Produzenten von Erneuerbarer Energie hätten eine „produce and forget“-Mentalität entwickelt, wie sie früher aus der subventionierten Landwirtschaft bekannt gewesen sei. Die Nachfrage nach Strom spiele keine Rolle für die Investitionen und die Produktion der Energieerzeuger. Deswegen hänge z.B. auch die installierte Solarkapazität an einem Ort nicht mit der regionalen Sonnenscheindauer zusammen – so stünden fast 40% aller Solarkollektoren weltweit in Deutschland. Dieses von Haucap als „dezentrale Planwirtschaft“ bezeichnete System führe zu einer ineffizienten Produktion von Strom aus Erneuerbarer Energie. Deswegen komme es auch immer wieder zu Phasen negativer Energiepreise, z.B. von -473 Euro an Weihnachten 2012, in denen also die Käufer an den Großhandelsmärkten für die Abnahme von Energie noch finanziell entlohnt werden.

Vor diesem Hintergrund plädiert Haucap, Mitglied und ehemaliger Vorsitzender der Monopolkommission, für ein Quotenmodell zur Förderung von Erneuerbarer Energie nach schwedischem Vorbild. Anstelle wie im EEG die Produzenten von grünem Strom zu fördern, werde die Nachfrageseite in die Pflicht genommen. Stromhändler, energieintensive Unternehmen und Stromverbraucher, die zugleich Strom erzeugen, importieren oder im Großhandel kaufen, unterlägen einer Verpflichtung, einen bestimmten Prozentsatz von x% grünen Strom pro Jahr zu verwenden. Diese Quote könne jährlich angepasst werden. Die Erzeuger von grünem Strom erhielten ein handelbares Zertifikat. Wer gegen die Quotenregelung verstoße, werde finanziell bestraft. Der große Vorteil dieses Quotenmodells sei der Wettbewerb zwischen verschiedenen Formen von Erneuerbarer Energie. Der Netzausbau könne besser geplant und mit dem wachsenden Anteil an grünem Strom in Einklang gebracht werden. Zudem könne das Quotenmodell auf ganz Europa übertragen werden und so die europäische Integration der Strommärkte befördern.

Abschließend zeigt Haucap die Vorteile gemeinsamer Kapazitätsmärkte auf. So könne ausgenutzt werden, dass die „Peakstunden“ eines Landes nur zum Teil mit denen seiner Nachbarländer übereinstimmen. Eine freiwillige Kooperation von Ländern sei auch heute schon möglich. Es stelle sich nur die Frage, ob der politische Wille da sei, den eigenen Strom günstig abzugeben. Haucap fordert die Ausgestaltung der Kapazitätsmärkte den Großhandelsmärkten anzupassen. Schließlich gelte ein einfaches Prinzip, so Haucap: „Je größer die gemeinsamen Märkte sind, desto günstiger wird die Energieversorgung.“